

im Hirngewebe konnten Unterschiede zur scheinbestrahlten Kontrolle festgestellt werden. Auch die mit der TUNEL-Methode untersuchte Apoptose war nicht verändert. Im Kleinhirn und dem Hippocampus waren auch keine Veränderungen festzustellen.

Quelle:

Tae-Hyoung Kim TH, Tai-Qin Huang, Ja-June Jang, Man Ho Kim, Hyun-Jeong Kim, Jae-Seon Lee, Jeong Ki Paek, Jeong-Sun Seo and Woong-Yang Park (2008): Local exposure of 849 MHz and 1763 MHz radiofrequency radiation to mouse heads does not induce cell death or cell proliferation in brain. *Experimental and Molecular Medicine* 40 (3), 294-303; www.e-emm.org

Kommentar: Mobilfunk und Politik

Denkwürdige Art der Auseinandersetzung

Die Auseinandersetzungen um die angeblich gefälschten Ergebnisse an der Wiener Universität nehmen seltsame Formen an. Beweise für Fälschungen sind vielleicht gefälscht, „Der Spiegel“ ist involviert, Interessensvertreter der Industrie sollen begutachten – es kommt einem vor wie gezielte Desinformation und man wird an alte DDR-Methoden erinnert.

Das österreichische online-Magazin „Profil“ brachte in der Ausgabe 29/08 einen Beitrag zur Auseinandersetzung um die angeblichen Fälschungen im Wiener Allgemeinen Krankenhaus (AKH). Das Ganze liest sich wie ein Krimi oder eine Schmierkomödie. Der Titel „Strahlenschmutz“ macht deutlich, wie man die Sache sieht. Im Internet findet man bei H.e.s.e-Projekt am 01.07.2008 diesen Beitrag unter dem Titel „Medizinische Universität Wien ein Intrigantenstadel?“ Prof. Rüdiger sollte offensichtlich diffamiert werden, um die Ergebnisse der REFLEX-Studie in Zweifel zu ziehen, die für die Industrie nicht vorteilhaft sind. Auch Prof. Dr. Franz Adlkofer, der die REFLEX-Studie koordiniert hatte, sollte die bereits 2005 veröffentlichten Forschungsergebnisse zurückziehen. Ende Juli nun hat Prof. Rüdiger erklärt, dass die Ergebnisse einer der umstrittenen Studien nicht korrekt zustande gekommen sind und diese somit zurückgezogen wird. Damit ist für die Universität Wien die Angelegenheit laut einer Erklärung bereinigt.

Quellen: www.profil.at, www.hese-project.org

Politik und Mobilfunk

BfS bewertet die Forschung

Das Bundesamt für Strahlenschutz hat eigene Ansichten zu Forschungsergebnissen veröffentlicht. Sowohl das Deutsche Mobilfunkforschungsprogramm (DMF) als auch einige wissenschaftliche Untersuchungen aus der Vergangenheit wurden beurteilt.

Im Abschlussbericht des DMF, das von 2002–2008 in 54 Projekten Daten gesammelt hat, gibt es nichts Neues. Überall bleibt man trotz zunehmender Technisierung unterhalb der Grenzwerte, nur in seltenen Fällen, z. B. beim Handy, bewegt sich die Exposition nahe am Grenzwert. Es gibt keine Gesundheitsgefahren, denn frühere Ergebnisse zu allen relevanten Forschungsbereichen konnten nicht bestätigt werden, „insbesondere auch keine athermischen Wirkungsmechanismen.“

Man meint, das Forschungsprogramm habe die „Datenlage entscheidend verbessert“. Immerhin sind 2 „Fragenkomplexe“ geblieben: die Langzeitwirkung (> 10 Jahre) und ob Kinder empfindlicher sind als Erwachsene; deshalb sollen weiterhin Vorsorgemaßnahmen für Kinder gelten.

In der Tabelle „Zusammenstellung der Studien, die öffentliches Interesse erweckt haben, und deren Bewertung durch das BfS“ werden willkürlich ausgewählte Untersuchungen von 1997–2008 durchgenommen, von der Repacholi- über die Naila-, TNO- und Interphone- bis zur Oberfeldstudie u. a. Zu jeder Studie gibt es eine kurze Inhaltsangabe und eine Stellungnahme des BfS. Tendenziell ist durch die Auswahl der Beispiele und die Verkürzung der Ergebnisse die generelle Aussage, dass es keine Risiken gibt. Alles, was auf Risiken hindeuten könnte, wird kleingeredet. Beispiel: Die Fallzahlen bei Interphone seien zu gering (denn man bezieht sich nur auf die deutsche Studie), man müsse die gesamte Auswertung abwarten.

Ansonsten übt man sich in Wortlaut in der Kunst des gezielten Weglassens. Der Wortlaut und die Art des Weglassens klingen sehr nach Verlautbarungen aus den Federn der Industrie. Interessant, dass das BfS schon jetzt weiß, dass die Ergebnisse der Oberfeldstudie auf einer nicht vorhandenen Mobilfunkbasisstation beruhen. Soweit man bisher offiziell weiß, soll die gerichtliche Klärung erst in den nächsten Monaten erfolgen.

Quelle: www.bfs.de

Kurzmeldungen

Linke: Grenzwerte nicht ausreichend

Am 02. Juli 2008 stellte die Fraktion Die Linke im Bundestag einen Antrag, die in der 26. BImSchV festgelegten Grenzwerte „so weit abzusenken, dass gesundheitliche Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden können.“ Zudem solle der maximal zulässige SAR-Wert auf 1 W/kg festgesetzt werden, ein öffentlich zugängliches Strahlenkataster zur Verfügung stehen und die Genehmigungen für Mobilfunkanlagen befristet erteilt werden. Die zunehmende Zahl der UMTS-Sendeanlagen führen zu „wachsenden gesundheitlichen Gefahren“. Nach den Ergebnissen der REFLEX-Studien des EU-Forschungsprogramms ist nach Meinung der Linken kein ausreichender Schutz mehr gegeben durch die derzeit geltenden Grenzwerte.

Quelle: hib – heute im Bundestag Nr. 204 am 04.07.2008

Informationen der Forschungsgemeinschaft Funk

In den wöchentlichen Online-Informationen „Infoline“ der Forschungsgemeinschaft Funk (FGF) findet man immer interessante Hinweise auf das Geschehen in Sachen Mobilfunk, zu Forschung und Politik. In den letzten Ausgaben im Juli 2008, ist ganz ausführlich aufgelistet, welche Personen und Institutionen wo auf der Welt vor den Gefahren des Mobilfunks warnen und streiten, insbesondere zum Schutz von Kindern (in Kanada sieht man das Problem allerdings nicht). Warum allerdings die Sendung „Quarks & Co“ vom WDR angekündigt wird (Ausgabe vom 24.07.), in der es um das Bienensterben geht, ist seltsam, denn in diesem Beitrag wurde mit keinem Wort erwähnt, dass vielleicht auch elektromagnetische Felder eine Rolle dabei spielen könnten.

Quelle: www.fgf.de

Breitband-Lösungen für das Internet

Eine spezielle technische Lösung zur Versorgung aller Haushalte mit einem Breitband-Internetanschluss ist von der Fraunhofer-Gesellschaft in München erarbeitet worden. Das Projekt „Praxisnahe Lösungen zur Schließung von Breitband-Versorgungslücken“ bietet einer weit verstreut liegenden Gemeinde in Bayern eine Hybrid-Lösung aus DSL-Anschlüssen und der Funktechnologie WiMAX an. Dies sei eine technisch realisierbare und wirtschaftlich sinnvolle Lösung für diesen Fall. In anderen Fällen könnte eine Kombination von DSL und Glasfaser die Lösung sein. Diese Variante ist allerdings teuer, da die Verlegung der Glasfaserkabel hohe Kosten verursacht. Gemeinden, die sich für ähnliche Lösungen interessieren, können sich beim BMWi unter www.zukunft-breitband.de informieren.

Quelle: www.fraunhofer.de

Rationalisierung im Krankenhaus mit RFID

RFID-Chips (Radio Frequency Identification, Reichweite ca. 4–5 m) sollen zukünftig auf immer häufiger eingesetzt werden, um Personalkosten zu sparen: auf Blutkonserven, Krankenbetten, Endoskopen und am Patienten selbst, denn man kann mit diesen Etiketten Gegenstände und Personen sicher orten und identifizieren, z. B. Neugeborene und ihre Mutter. Fachleute warnen jedoch davor, denn es könnte zu Störungen im Krankenhausbetrieb kommen, wie es von Mobiltelefonen bekannt ist. Eine Studie von Wissenschaftlern der Freien Universität Amsterdam hat ergeben, dass innerhalb von 2 m Abstand zu den Geräten Störungen auftreten können. Dr. Erik Jan van Lieshout, einer der Autoren, sagt, dass die Funktion von Beatmungs- und Dialysegeräten, Herzschrittmachern und Infusionspumpen ausfällt, wenn die Funkchips in die Nähe kamen. Von 41 getesteten Apparaten unterschiedlicher Hersteller mit verschiedenen RFID-Systemen wurden in 123 Testläufen 34 Störungen registriert. Entsprechend wurden 22 dieser Geräte nach gängigen Standards als „sehr gefährlich“ eingestuft. Wenn solche Systeme in Kliniken eingesetzt werden sollten, müssten sie an die Bedingungen dort angepasst und sorgfältig getestet werden, meint van Lieshout.

Quelle:

www.dradio.de/dkultur/sendungen/ewelten/816322/, 15.07.2008

In Indien wird vor Handygebrauch gewarnt

Auch in Neu-Delhi wird vor drohenden Gesundheitsgefahren durch Mobilfunkstrahlung für Kindern unter 16 Jahren, schwangeren Frauen und Menschen mit Medizinischen Hilfen wie Herzschrittmacher, Hörgeräte und andere Implantate gewarnt. Langer andauernder Gebrauch des Mobiltelefons könnte das Hirngewebe schädigen, deshalb wird empfohlen, Freisprecheinrichtungen zu benutzen, wenn längere Gespräche geführt werden sollen. Dies besonders bei Kindern, denn da ist das Hirngewebe noch empfindlicher. Auf Intensivstationen und in anderen sensiblen Bereichen in Krankenhäusern sollten Handys verboten oder der Gebrauch eingeschränkt werden. Die Regierung, vor allem das Gesundheitsministerium soll für öffentliche Aufklärung sorgen und auf die Hersteller einwirken, dass sie die SAR-Werte bekannt geben. Und in der Werbung sollten keine Schwangeren und Kinder mit dem Handy telefonieren.

Quelle: Sandeep Joshi, The Hindu, 17.06.08: Possible health hazards from mobile phone radiation

Hohe Selbstmordrate in England durch Mobilfunk?

Im Sunday Express vom 22. Juni handelte eine Schlagzeile von einer hohen Selbstmordrate unter jungen Leuten in einem bestimmten Gebiet in England. Es wurde die Vermutung von einem Dr. Roger Coghill geäußert, dass Handystrahlung die Ursache ist, denn nach seinen Untersuchungen sei die Dichte der Sendemasten hoch und die Selbstmordrate umso höher, je näher die Personen an einem Sendemast wohnten. Er führt das auf Depressionen zurück, die durch Mobilfunkstrahlung hervorgerufen werden; die Sender könnten den Serotoninspiegel senken.

Am 28. Juni schrieb in der Samstagsausgabe des Guardian Ben Goldacre unter seiner samstäglichen Rubrik „Bad Science“, dass der im Sunday Express genannte Dr. Roger Coghill ein Mr. Roger Coghill ist, der rein kommerzielle Interessen verfolgt. Coghill konnte keine wissenschaftlichen Daten und keine sonstigen Veröffentlichungen vorlegen, anhand derer er seine Ergebnisse belegen kann. Coghill verkauft Produkte, die gegen elektromagnetische Felder wirken sollen, z. B. Geräte zum Aufspüren von EMF in der Wohnung, Bücher über Elektroheilung oder auch das Hormon Melatonin und andere Produkte.

Quelle: www.express.co.uk, www.badsience.net, www.guardian.co.uk

Einschätzung des Marktes für Telefonkosten

Die Bundesnetzagentur hat einen Entwurf erarbeitet, in dem die Telekommunikationsmärkte aus der Regulierung entlassen werden sollen. Denn eine Marktdefinition und Marktanalyse kam zu dem Schluss, dass in ausreichendem Maße Wettbewerb herrscht unter den Telefonanbietern. Es wurde „immer mehr wirksamer Wettbewerb zum Nutzen des Verbrauchers festgestellt“ (Pressemittelung vom 02.07.2008). Schon in den Jahren 2006 und 2007 sind die „Märkte für Verbindungen in ausländische Fest- bzw. Mobilfunknetze als nicht mehr regulierungsbedürftig eingestuft“ worden. Zukünftig wäre dann das Kartellamt für die Überwachung zuständig.

Gleichzeitig hat die EU-Kommission bekannt gegeben, dass die Aufforderung zur Selbstregulierung, d. h. Senkung der Preise für Roaming, nicht funktioniert hat (nachzulesen im Umweltjournal vom 16.07.2008). Nur ein Anbieter in Österreich hat die Preise gesenkt. Die Preise können 10mal so hoch wie im Inland liegen, sie bewegen sich für SMS zwischen 0,29 und 0,8 € (in Belgien). Roaming-Datendienste können bis zu 16 € pro MB kosten. Die EU-Kommission hat eine neue Seite eingerichtet, auf der die aktuellen Preise zusammengestellt sind, um „Preisschocks ein Ende zu setzen“. Deshalb überlegt man in der Kommission, im Herbst eine Verordnung über Roaming-SMS vorzulegen.

Quelle: www.bundesnetzagentur.de, www.umweltjournal.de

Impressum – ElektromogReport im Strahlentelex

Erscheinungsweise: monatlich im Abonnement mit dem Strahlentelex **Verlag und Bezug:** Thomas Dersee, Strahlentelex, Waldstraße 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030/435 28 40, Fax: 030-64 32 91 67. www.elektromogreport.de E-Mail: strahlentelex@t-online.de. **Jahresabo:** 68 Euro.

Redaktion: Dipl.-Biol. Isabel Wilke (V. i. S. d. P.), KATALYSE-Institut für angewandte Umweltforschung e. V., Köln Beiträge von Gastautoren geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Kontakt: KATALYSE e.V., Abteilung Elektromog Volksgartenstr. 34, 50677 Köln ☎ 0221/94 40 48-0, Fax 94 40 48-9, E-Mail: i.wilke@katalyse.de www.katalyse.de, www.umweltjournal.de